

Raju Sharma

Katja Kipping
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

12. Mai 2014

Hallo Katja,

der Bundesparteitag hat am vergangenen Wochenende einen neuen Bundesschatzmeister gewählt. Das ist an für sich weder ungewöhnlich noch kritikwürdig - die Möglichkeit zum Wechsel gehört zum Wesenskern demokratischer Wahlen.

Ungewöhnlich waren in diesem Fall allerdings die Begleitumstände dieses Wechsels:

Da erklärt Thomas Nord als Kandidat um das Schatzmeisteramt in seiner Vorstellungsrede, das Vertrauensverhältnis zwischen seinem Mitbewerber (dem Amtsinhaber) und den -frisch wiedergewählten- Parteivorsitzenden sei unheilbar zerstört, nachdem es zwischen dem Schatzmeister und dem geschäftsführenden Parteivorstand einen "Konflikt" gegeben habe, zu dem er aber weiter nichts sagen könne, da er selbst nicht Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes sei. Dass jemand sich in einer auf drei Minuten begrenzte Vorstellungsrede die Zeit für ein "negative campaigning" gegen einen Mitbewerber nimmt, mag unüblich sein; unzulässig ist es aber nicht. Und auch wenn die Aussage, es habe einen nicht näher benannten, im Ergebnis jedoch vertrauenszerstörenden "Konflikt" gegeben, bei einem unbefangenen Zuhörer den Eindruck erwecken sollte, der hierfür verantwortliche Mitbewerber habe irgendwie etwas Verwerfliches angestellt, dürften gerade aufgrund der Unbestimmtheit des Vorwurfs die Tatbestandsvoraussetzungen einer üblen Nachrede noch nicht erfüllt sein.

Zweifellos gibt es keinerlei satzungsrechtliche Verpflichtung der Parteivorsitzenden, das von ihrem Wunschkandidaten geäußerte Gerücht über einen "Konflikt" im geschäftsführenden Parteivorstand zu kommentieren, zu dementieren oder zu konkretisieren, auch wenn es auf der Hand liegt, dass dadurch bei einem unbefangenen Delegierten der Eindruck verfestigt wird, dass es einen solchen "Konflikt" gegeben hat und dieser schwerwiegend sowie vom Schatzmeister in irgendeiner Weise unrechtmäßig verursacht war. Dass dieser Eindruck tatsächlich entstanden ist, beweisen besorgte Nachfragen mehrerer Delegierter, die von mir wissen wollten, ob ich womöglich "in die Kasse gegriffen" hätte. Wenn Genossinnen und Genossen aufgrund derartiger Andeutungen glauben, ich hätte mich an dem mir anvertrauten Parteivermögen vergriffen, ist dies für mich nicht nur persönlich inakzeptabel sondern auch geeignet, meine berufliche Integrität als öffentlich Bediensteter nachhaltig zu beschädigen.

Rein formal ist es sicher auch nicht zu beanstanden, wenn frisch wiedergewählte Parteivorsitzende sich bei der Wahl des Schatzmeisters ausdrücklich gegen den Amtsinhaber aussprechen und in ihrer Fürrede auf der Wahlversammlung betonen, dass anders als bei diesem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem von ihnen favorisierten Kandidaten möglich wäre.

Gleiches gilt für die Wortmeldung des nicht wieder angetretenen stellvertretenden Parteivorsitzenden Jan van Aken, der seine Unterstützung eures Wunsch Kandidaten damit begründet, dass dieser bei der Wahrnehmung des Schatzmeisteramtes nicht "schmutzige Politik" betreiben würde.

Wie gesagt: Formal ist dies alles wohl nicht zu beanstanden. Aber politisch? Ist das dein Verständnis einer solidarischen Debattenkultur? Sieht so eine emanzipatorische Linke aus? Wolltest du nicht "fragend voranschreiten" und die "Kunst des Zuhörens" praktizieren? Oder ist das der neue "Sound" der Partei?

Du selbst hast mit diesen und ähnlichen öffentlich formulierten Ansprüchen die Messlatte deines Politikverständnisses hoch angelegt, höher als andere Politikerinnen und Politiker, erst recht höher als andere Parteien.

Ich habe mich - abgesehen von einer familienbedingten Unterbrechung - seit nunmehr 35 Jahren politisch engagiert - in der Friedensbewegung, in der SDAJ, in der DKP und in der LINKEN. Ich kenne die -robusten- Spielregeln politischer Machtausübung in Parteien, im Parlament und im Regierungshandeln, aber ein derartiges Auseinanderklaffen selbst gesetzter Ansprüche und realem Handeln wie in deinem Fall habe ich bisher noch nicht erlebt.

Ich war geschockt und erschüttert, als Gregor Gysi am 11. Januar 2010 in der Congresshalle Dietmar Bartsch mit dem öffentlichen Vorwurf angeblicher Illoyalität politisch demontierte (ironischerweise war dieses Ereignis zugleich der Ausgangspunkt für meine Tätigkeit als Bundesschatzmeister), doch lässt Gregors späteres Verhalten immerhin den Rückschluss zu, dass er die verheerenden Folgen seines damaligen Tuns erkannt hat und er sich um eine nachträgliche Korrektur bemüht; ich war nicht mehr überrascht aber doch entsetzt, wie kaltherzig du Katharina Schwabedissen in Göttingen beiseite geschoben hast, nachdem sie die ihr zuge dachte Funktion auf deinem (dritten) Weg zur Parteispitze erfüllt hatte, doch die von dir nun praktizierte Stil- und Kulturlosigkeit politischen Handelns übertrifft dies alles.

Wie gesagt: Ich bin schon einige Jahre politisch aktiv, habe in mehreren Parteien für Ämter und Mandate kandidiert, bin gewählt, wieder gewählt und nicht gewählt worden. Nie habe ich eine Nichtwahl zum Anlass genommen mich aus einer Partei zurückzuziehen. Ich werde dies auch diesmal nicht tun. Und doch muss ich feststellen, dass - trotz des (mich) überwältigenden Zuspruchs und der Unterstützung von sehr vielen Genossinnen und Genossen aus allen Landesverbänden, aus unterschiedlichen Strömungen und Zusammenschlüssen - die Mehrheit der Delegierten auf dem Bundesparteitag dir in diesem Kurs gefolgt ist und ihn durch ihre Wahlentscheidung im Ergebnis legitimiert hat. Ich nehme diese Entscheidung der demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Partei zur Kenntnis.

Was ich jedoch nicht akzeptieren werde, ist das - insbesondere von dir - in Delegiertenberatungen und anderen Abstimmungsrunden gestreute und genährte Gerüchte eines wie auch immer gearteten Vergehens meinerseits. Ich bitte dich, umgehend, spätestens bis zum 16. Mai 2014, entweder öffentlich klarzustellen, dass ich mir in meiner Funktion als Bundesschatzmeister und Mitglied des Parteivorstands nichts habe zu Schulden kommen lassen, oder aber die von dir gestreuten und genährten Gerüchte zu konkretisieren.

Mit solidarischen Grüßen
Raju Sharma

P.S. Um zu vermeiden, dass auch über die Inhalte dieses Schreibens falsche Behauptungen verbreitet werden, mache ich dieses Schreiben öffentlich.